

**Kleine Anfrage**  
**der Fraktion der FDP**

**betr. Einführung und Ausweitung elastischer Alters-**  
**grenzen für Altersrenten und Pensionen**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung die starre Mindestaltersgrenze von 65 Jahren, wie sie im Rentenrecht – von den Ausnahmefällen bei bestimmten Arbeitslosen und weiblichen Versicherten abgesehen – Voraussetzung für den Bezug von Altersrenten ist, noch für zeitgemäß?
2. Hat die Bundesregierung Untersuchungen vorgenommen oder in Auftrag gegeben, aus denen hervorgeht, welche Möglichkeiten eines früheren oder späteren Renten- bzw. Pensionsbeginns den Anspruchsberechtigten nach eigener freier Wahl bei entsprechend niedrigeren bzw. höheren Leistungen eingeräumt werden könnten?
3. Welche westlichen Länder haben für welche Berufs- oder Personengruppen andere Altersgrenzen als die Bundesrepublik und in welchen dieser Länder besteht in welchem Rahmen das Recht zur Festlegung des Rentenbeginns mit welchen Konsequenzen auf die Höhe der monatlichen Leistungen bei einem entsprechend früheren oder späteren Beginn?
4. Ist unser gegenwärtiges Pensions- und Rentenversicherungsrecht für die Einführung einer elastischen Altersgrenze geeignet oder welche Änderungen wären unter der Voraussetzung erforderlich, daß durch die Einführung der Wahlfreiheit des Renten- bzw. Pensionsbeginns – langfristig betrachtet – insgesamt keine größeren finanziellen Belastungen entstehen würden?
5. Hat die Bundesregierung die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Herabsetzung des Beginns der Altersrente auf das 60. Lebensjahr geprüft und welche Stellung nimmt sie dazu ein?
6. Beabsichtigt die Bundesregierung in dieser Wahlperiode noch einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine elastische Altersgrenze für den Bezug von Altersrente und Pension eingeführt und der nur unzulänglich bestehende Rahmen ausgeweitet wird?

Bonn, den 29. August 1968

**Mischnick und Fraktion**